

Koalitionsstreit um die Besetzung der fünf Wirtschaftsweisen

Rettet den Sachverstand

Sie sind krank und wissen nicht, was Ihnen fehlt. Wem würden Sie vertrauen: erfahrenen Fachärzten, die Ihnen reinen Wein einschenken, oder einer Gruppe von Alternativmedizinern, die Ihnen das Blaue vom Himmel versprechen? Genau darum geht es bei der Zukunft des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Aktuell sperrt sich die SPD gegen die Wiederberufung des Vorsitzenden Lars Feld. An die Stelle des Freiburger Marktwirtschaftlers soll ein „Linker“ treten, im Gespräch waren DIW-Chef Marcel Fratzscher sowie der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum, SPD-Mitglied und wie Ratsmitglied Achim Truger seit 2020 in deren Wirtschaftspolitischen Beirat. Alle drei haben mit ordnungspolitischen Grundsätzen nicht viel am Hut: Schuldenbremse abschaffen, Ausgaben erhöhen, Besserverdiener schröpfen. Das ist im sozialdemokratischen Sinne, hat aber mit der bewährten Grundausrichtung der „Wirtschaftsweisen“ nicht mehr viel zu tun.



VON
ULRICH VAN SUNTUM

»Als mahrender Hort marktwirtschaftlichen Denkens ist der Rat wichtiger denn je.«

Der Rat wurde 1963 von Ludwig Erhard als ordnungspolitisches Gewissen der Regierung konzipiert – gegen den Willen Konrad Adenauers, der sich keine „Laus in den Pelz setzen lassen“ wollte. Erhard wusste, wie verführerisch die Abkehr von marktwirtschaftlichen Grundsätzen für die Politiker ist. Mit höheren Ausgaben, sozialen Wohltaten und Eingriffen in „ungerechte“ Marktpreise lassen sich leichter Wählerstimmen

gewinnen. Langfristig geht das aber auf Kosten der wirtschaftlichen Dynamik und des Wohlstands. Mit den Staatsinterventionen ist es wie mit dem Rauchen: Kurzfristig genießt man sie, aber langfristig ruinieren sie die Gesundheit. Darum sollte der fünfköpfige Rat als mahrender Hort marktwirtschaftlichen Denkens unbedingt erhalten bleiben. Am besten wäre es, wenn er neue Mitglieder selbst rekrutieren könnte. Informell war es schon bisher häufig so, wenn gleich in Absprache mit dem Wirtschaftsministerium.

Offiziell werden die Ratsmitglieder vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung berufen. Das klappte gut, der Rat erarbeitete sich höchstes Ansehen, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Jetzt aber droht anstelle der bewährten Praxis eine ungeschminkte Politisierung des Besetzungsverfahrens. Was kommt als nächstes, vielleicht die umstrittene Umweltökonomin Claudia Kemfert als Zugeständnis in einer schwarz-grünen Koalition?

Wie gerechnet Bert Rürup, selbst ehemaliger Ratschef, will diesen sogar ganz abschaffen oder der Regierung unterstellen. Die aber hat bereits mehr als genug von ihr abhängige Claqueure. Gerade die gesetzlich garantierte Unabhängigkeit macht den Sachverständigenrat so wertvoll – er sollte nicht von Ideologen übernommen werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Universität Münster.

Prüffirma EY zieht Konsequenzen aus dem Wirecard-Skandal

Fragwürdige Talente

Von Martin Krüger

Fabio De Masi gehört zu den wenigen Linken, die sachorientierte Detailarbeit mit Klartext verbinden: „Die Probleme bei EY könnten sich zum Arthur-Andersen-Moment auswachsen“, warnte der Bundestagsabgeordnete anlässlich der jüngsten Wende im Wirecard-Skandal (JF 4/21). Ob sich einige Wirtschaftsprüfer wirklich strafbar gemacht haben, kann der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) natürlich nicht entscheiden. Aber wegen der Verstrickung in den texanischen Enron-Bilanzskandal wurden 2002 aus fünf globalen Prüfungsfirmen die heutigen „Big Four“. Nicht alle Arthur-Andersen-Mitarbeiter konnten sich zur Konkurrenz retten.

Ob die Ernst & Young-Prüfer den Milliardenbetrug bei Wirecard nicht erkennen konnten oder wollten, werden demnächst Gerichte entscheiden. Der bisherige Deutschland-Chef Hubert Barth klebte sogar noch acht Monate nach dem Wirecard-GAU an seinem gut dotierten EY-Geschäftsführersessel und genoss das Promi-

Leben am Starnberger See. Doch seinen Anspruch, „die richtigen Fragen zu stellen“, hat er nicht erfüllt. Doch erst jetzt sollen Henrik Ahlers und der Franzose Jean-Yves Jégourel die deutsche EY-Führung übernehmen und die „regionalen Leitungsstrukturen in Europa in den kommenden Monaten anpassen“, um „die besten Talente“ für die EY-Mandanten einsetzen zu können. Donnerwetter. Und die erfahrenen Ex-Minister Theo Waigel (CSU, 81) und Brigitte Zypries (SPD, 67) sollen nun EY „coachen“.

PUA-Mitglied Florian Toncar (FDP) ist zu Recht skeptisch: Als Justizministerin war Zypries für die Regulierung der Branche verantwortlich, die Finanzminister Olaf Scholz als „Ursache des Desasters“ ausmacht. Ob seine Sozialdemokraten wirklich „ein viel engeres Verhältnis zu EY haben, als es sich nach außen darstellt“, wie Toncar mutmaßt, ist unklar. Aber wenn sich zwei Staatssekretäre von Scholz nach der Wirecard-Pleite von EY haben „coachen“ lassen, dann wirft das brisante Fragen auf.



Geringes Passagieraufkommen am Flughafen Frankfurt: Nach Corona wird die aufgestaute Kaufkraft für den nachholenden Konsum genutzt

Inflation durch Geldüberhang

Euro-Politik: Die Verbraucherpreise ziehen an / Dämpfende Effekte bleiben mittelfristig bestehen – und danach?

DIRK MEYER

Die Preise ziehen an. Die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) – stieg auf Jahresbasis von Dezember zum Januar von -0,3 auf 1,0 Prozent. Der auf Basis der EU-Statistik berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) erhöhte sich von -0,7 auf 1,6 Prozent. Er hat eine andere Berechnungsgrundlage: Sein Warenkorb beruht auf aktuelleren Konsumausgaben, und selbstgenutztes Wohneigentum bleibt unberücksichtigt.

Deshalb fließen Mieten beim HVPI mit 6,15 Prozent, beim VPI mit 20,7 Prozent der Haushaltsausgaben ein. Nach Schätzungen der Bundesbank wird der HVPI dadurch um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte niedriger ausgewiesen. Dies zeigt, wie abweichende Preissteigerungsraten entstehen. Auch deshalb ist die Geldmengenausweitung der EZB zur Erreichung des Inflationszieles von „auf mittlere Sicht unter, aber nahe zwei Prozent“ kritisch zu sehen.

Kommt also die Inflation zurück, wie die Ökonomen Hans-Werner Sinn, Larry Summers oder Olivier Blan-

chard warnen? Die Ursachen dieses kurzfristigen Anstiegs sind deutschen Umständen geschuldet: der Wiederanhebung der Mehrwertsteuersätze, der „CO₂-Bepreisung“ (JF 7/21) und der Anhebung des Mindestlohns von 9,35 auf 9,50 Euro. Zudem fällt dieses Jahr der Winterschlussverkauf mit seinen Angeboten aus. Bislang haben sich die gegenläufigen Auswirkungen der durch die Corona-Krise verursachten Angebots- und Nachfrageänderungen auf die Preise eher ausgeglichen. Vielmehr stiegen die Sachvermögenspreise 2020 stark an: Wohnimmobilien um 7,5 Prozent, die Preise für Betriebsvermögen um 14,3 Prozent, Gold um 14,4 Prozent. Der Preis für das Finanzvermögen (Aktien, Anleihen und Spareinlagen) deutscher Haushalte liegt zum Jahresende mit 0,4 Prozent hingegen nur leicht im Plus.

Einige preisdämpfende Effekte dürften mittelfristig bestehen bleiben. Hierzu zählt die Digitalisierung, eine beruflich abnehmende Mobilität und eine sinkende Nachfrage nach Gewerbeimmobilien. Die Rückkehr zur Normalität wird jedoch von Preissteigerungen begleitet sein. So werden nicht nur Restaurants versuchen, die durch Corona-Maßnahmen gesunkenen Pro-

duktivitäten und Umsatzeinbußen über die Preise wieder hereinzuholen.

Der während des Lockdowns zurückgestaute private Konsum dürfte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder steigen lassen, sobald die Haushalte ihre aufgestaute Kaufkraft für nachholenden Konsum verausgaben: größere Anschaffungen, Urlaubs- und Städtereisen, Kreuzfahrten oder Kulturveranstaltungen. Mit zunehmender Auslastung der Produktion entsteht ein Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise. Firmen werden zursichtlicher, und die Investitionstätigkeit wird anziehen.

Die Zentralbankgeldmenge wuchs um über 260 Prozent

Viele Kapazitäten wurden befristet stillgelegt – etwa bei den Airlines, im Hotelgewerbe. Sie müssten zunächst wieder reaktiviert werden. Zudem haben sich einige Geschäftsmodelle wie manche Kaufhäuser oder teure Bankfilialen wohl überholt. Einhergehend werden bestehende Produktionsmöglichkeiten entwertet, Geschäfte, Büros oder Callcenter schließen – Homeoffice scheint billiger. Es kommt zu Konkursen, Neues muß aufgebaut werden.

Geraten Kapazitäten an ihre Auslastungsgrenzen, dann steigen die Preise auf breiter Front. Hohe Wachstumsraten, eine schnelle Rückkehr zum Vorkrisenniveau, Angebotsengpässe – dies könnte eine zeitweise Überhitzung und Preissteigerungen auslösen. Die einhergehende Kreditnachfrage bei den Geschäftsbanken läßt zudem die Giralgeldmenge ansteigen, verbunden mit weiterem inflationären Druck. Dann könnte auch die deutsche Lohnzurückhaltung enden und eine Lohn-Preis-Spirale wie in den 1970er Jahren in Gang setzen.

Wesentlicher sind jedoch die langfristigen Inflationsgefahren. Als Reaktion auf die Corona-Krise haben die Notenbanken des Eurosystems die Menge an Zentralbankgeld enorm ausgeweitet. Sie war im Januar erstmalig größer als fünf

Billionen Euro – ein Anstieg von 60 Prozent innerhalb eines Jahres. Zu gleicher Zeit sank das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums um zirka sechs Prozentpunkte. Ähnliches kann seit 2015 beobachtet werden, dem Beginn der verschiedenen Programme zum Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB (JF 9/21).

Während das Euroraum-BIP seither um zehn Prozent anwuchs, stieg die Zentralbankgeldmenge im selben Zeitraum um mehr als 260 Prozent. Wirtschaftsleistung und Zentralbankgeldmenge wurden entkoppelt. Doch warum kam es bislang zu keiner nennenswerten Inflation? Die von der EZB zusätzlich geschaffene Liquidität ist in Geldhorten geflossen. So haben Banken derzeit eine Überschussliquidität von etwa drei Billionen Euro bei der EZB geparkt, ohne daß dieses Geld in den Wirtschaftskreislauf geflossen ist.

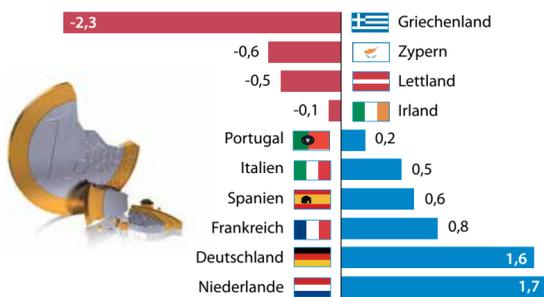
Zieht die Kreditnachfrage an, dann steht den Banken ein erheblicher ausschöpfbarer Liquiditätsspielraum zur Verfügung, der dann die Realwirtschaft erreichen wird. Berechnungen unseres Hamburger Instituts zeigen, daß der Abbau des mit Beginn der geldpolitischen EZB-Sondermaßnahmen seit 2015 entstandenen Geldüberhangs einer Geldentwertung von rund 70 Prozent entspräche.

Dem könnte die EZB entgegensteuern, indem sie die angekauften Anleihen wieder veräußert. Mit den erzielten Einnahmen würde sie die Überschussliquidität abschöpfen. Angesichts des Umfangs von 2,6 Billionen Euro wären allerdings erhebliche Kursverluste der Anleihen und Zinsanstiege wahrscheinlich. Sie könnten Krisenstaaten zukünftig den Kreditzugang versperren. Ebenfalls müßten Banken und Versicherungen umfangreiche Abschreibungen vornehmen. Es droht eine erneute Staaten- und Bankenkrise. Die EZB scheint daher in eine Sackgasse geraten.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Internationale Geldentwertung

Inflationsraten in Prozent auf Basis des HVPI im Januar 2021



JF EDITION

Hinrich Rohbohm

Merkels Maske

Kanzlerin einer anderen Republik

„Dank des Buches von Hinrich Rohbohm wissen wir heute vieles über den habituellen Opportunismus einer Karrierepolitikerin, die gern als die mächtigste Frau der Welt bezeichnet wird. Angela Merkel nutzt ihre Macht aber nicht, um die Interessen ihres Landes zu vertreten oder Schaden von ihm abzuwenden, sondern allein um ihre Macht zu sichern.“
Heimo Schwilk

Nach „System Merkel“ (2011) zweite Abhandlung von JF-Reporter Hinrich Rohbohm jetzt in 4. erweiterter Auflage

272 Seiten, Taschenbuch, Best.-Nr. 93244, 14,90 Euro



erweiterte Auflage

Hinrich Rohbohm

Merkels Maske

Kanzlerin einer anderen Republik

JF EDITION